

# Der Gasthof zur Schwane in Sommerach 1832/33 – Ein Treffpunkt unterfränkischer Revolutionäre?<sup>1)</sup>

von

Ute Feuerbach

Am 27. Mai 1832 fand in Gaibach zu Ehren der bayerischen Verfassung von 1818 eine Verfassungsfeier statt. Diese Veranstaltung sollte dem führenden fränkischen Liberalen und damaligen Ersten Bürgermeister von Würzburg Wilhelm Joseph Behr zum politischen und persönlichen Verhängnis werden. Ob Behr ein Revolutionär und damit ein Hochverräter war, ist eine Frage, die spätestens seit den Anträgen der Bayerischen Einigung auf eine Aufnahme des fränkischen Politikers in die Ruhmeshalle auf der Münchner Theresienwiese andere Antworten gefunden hat, als es noch die Strafjustiz des bayerischen Königreichs getan hatte.

## Zur Vorgeschichte

Seit den revolutionären Ereignissen des Juli 1830 in Frankreich und den Übergriffen politischer und sozialer Unruhen auf die deutschen Staaten saß die Angst bei König Ludwig I. von Bayern tief, selbst Opfer eines revolutionären Umsturzes zu werden. Auch die politische Öffentlichkeit im Königreich Bayern reagierte in diesen Jahren besonders sensibel, vor allem, wenn es um die Ausgestaltung der Verfassung vom 27. Mai 1818 ging. „Es war eben damals die Epoche nach der Pariser Julius-Revolution, wo in deutschen Staaten nicht weniger Aufregung mancher Wünsche von der einen, als Misstrauen und Argwohn von der anderen Seite sich wirksam zeigten“, so Behr im Nachhinein über den Zeitgeist jener Jahre.<sup>2)</sup>

Insbesondere die unterfränkischen Adelsbauern, immerhin um 1830 über 20% der unterfränkischen Bevölkerung<sup>3)</sup>, setzten in die politischen Mandatsträger der bayerischen Abgeordnetenkammer ihre Hoffnung, endlich aus den feudalen Fesseln befreit und damit rechtlich wie sozioökonomisch mit den „übrigen glücklicheren ... Staatsbürgern“<sup>4)</sup> gleichgestellt zu werden, nachdem von der

Justiz keine Hilfe mehr zu erwarten war.<sup>5)</sup> Die Regierungen Max I. Josephs und Ludwigs I. hatten trotz aller Beteuerungen und Verlautbarungen zur „Erfüllung der Verfassungsurkunde“<sup>6)</sup> kein Ablösungsgesetz zustande gebracht, das den Grundholden, also den abgabe- und dienstpflichtigen Bauern, die verfassungsmäßig zugesicherte Freiheit und Gleichheit geben sollte. Ludwig I. hatte sogar zum Landtag 1830/32 die Vorlage eines solchen Landeskulturgesetzes untersagt: „Auf diesem Landtag lasse ich kein Kulturgesetz vorlegen, auch kein Versprechen für die Zukunft wird ertheilt.“<sup>7)</sup> Zu tief saß schon die Furcht vor revolutionärer Unruhe in der Bauernschaft, aber einzudämmen war die revolutionäre Stimmung damit nicht, wie die Geschehnisse in Gaibach 1832 zeigen.

Die fränkische bürgerliche politische Opposition hatte sich seit den ersten Jahren des Deutschen Bundes zu formieren begonnen, vor allem infolge der Auseinandersetzungen und Diskussionen im bayerischen Landtag von 1819. Als die führenden Köpfe der liberalen Opposition galten der Erste Bürgermeister von Bamberg und erster Präsident des neugeschaffenen Landrates des Obermainkreises Dr. Franz Ludwig von Hornthal und der Würzburger Erste Bürgermeister Behr; sie bestimmten zu diesem Zeitpunkt die Debatten. Vor allem ihre Forderung nach einer Vereidigung des Militärs auf die neue bayerische Verfassung hatte die bayerische Regierung Max Josephs stark verunsichert, ja sogar Staatsstreichpläne zur sofortigen Außerkraftsetzung der Verfassung ausgelöst. Max Joseph zog es jedoch vor – man glaubt auch darin eine Intervention des Kronprinzen Ludwig zu entdecken –, die liberale Opposition in der Öffentlichkeit als ‘Störenfriede’ zu diffamieren und die aktive Öffentlichkeitsarbeit durch Zensurmaßnahmen zu ersticken. Zum

Landtag des Jahres 1822 gelang es ihm, Behr das Landtagsmandat zu verwehren und von Hornthal aus den Ausschüssen des Landtags auszuschließen, so dass sich schon früh die liberale Opposition auf eine außerparlamentarische Arbeit in Bayern fokussieren musste.

Diese Ausschlusspolitik, die König Ludwig I. nach 1825 gegenüber von Hornthal und Behr fortsetzte, führte zu einer politischen Radikalisierung der fränkischen Liberalen, die auch bald unter der städtischen wie ländlichen Bevölkerung des Untermainkreises um sich griff, zumal es Ludwig nicht gelang, die in ihn gesetzten Hoffnungen auf Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen seiner unterfränkischen Untertanen zu erfüllen.

Die unterfränkische Oppositionspresse nahm diese Problematik gerne auf.<sup>8)</sup> Von besonderer Popularität war dabei das von Johann Gottfried Eisenmann<sup>9)</sup>, einem seit den Studentenprotesten von 1817 politisch aktiven Arzt, in Würzburg herausgegebene 'Bayerische Volksblatt', in dem vor allem die Missstände des Würzburger Landes angeprangert wurden.<sup>10)</sup> Auch Behr hatte sich dort mit politischen Themen zu Wort gemeldet.

Neben den politischen Themen waren es insbesondere wirtschaftliche Probleme, die zu Protesten und Unmutkundgebungen im Untermainkreis führten. Aufgrund des ständigen Auf und Ab des Getreidepreises seit den Hungerjahren von 1816/1817 war die Preisentwicklung immer wieder Gegenstand der öffentlichen Diskussion. Nachdem zwischen 1824 und 1828 die Getreidepreise um annähernd 50% angestiegen, bis 1830 aufgrund reicher Ernten jedoch wieder abgebrockelt waren, hatte die Teuerung des Roggen, des in Unterfranken vorwiegend angebauten Getreides, von Juli bis November 1830 Unruhe im Land ausgelöst. So war Magistratsrat Lülsdorf, der schärfste Gegenspieler Behrs in Würzburg und von Profession Getreidehändler, wegen seiner Getreideaufkäufe in Würzburg und Ochsenfurt in die Kritik der Würzburger Bäcker geraten und hatte für weitere Polarisierung in der Stadt gesorgt.

Bei den unterfränkischen Untertanen standen aber auch Steuern, Abgaben und Zölle in der Kritik. In seinem Bericht an den König vom 4. Oktober 1830 zitiert der unterfränkische Regierungspräsident aus einem Aufruf: 'Deutsche Bürger! Erhebt Euch zum heiligen Kampfe für Freiheit, Religion und Vaterland! Steckt die Mauthäuser in Brand, diese Schlachtbänke, wo ein Glück, ein Wohlstand grausam hingepfert wird.'<sup>11)</sup> Auch in den Nachbarstaaten regte sich der Unmut: In Hessen zerstörten aufgebrachte Bauern Rent- und Landgerichtsämter, plünderten die Kassen und verbrannten die Steuerlisten. Im Untermainkreis kam es zunächst nicht zu solchen Gewaltausbrüchen; aber in Flugschriften wurde vehement die Verminderung der Abgaben und ein gerechtes Abgabesystem gefordert, was das Würzburger Stadtkommissariat im Oktober 1830 fürchten ließ, dass die hessischen Unruhen doch auf das Würzburger Land übergreifen werde: 'Seit einigen Tagen findet man allerley namenlose Anschläge an den öffentlichen Gebäuden, an den Häusern der Privaten und an den Bäumen, auf den öffentlichen SpazierGängen innerhalb der Stadt. Einige derselben enthalten drohende Wünsche für wesentliche Verminderung der Abgaben, ein gerechtes Abgabensystem, Aufhebung der Mauths des Lottos und des Stempels, Abschaffung der MilitärConscription, gute Gesetzbücher, Trennung und Öffentlichkeit der Justiz, wirkliche Verbesserung der Verfassung, unmittelbare Wahlen zum Landtage und zu den Gemeindestellen, wirkliche Pressefreiheit.'<sup>12)</sup>

Einige bäuerliche Gemeinden wandten sich wegen der Überlastung mit grundherrlichen Abgaben und Dienstpflichten mittels Petititionen an die Abgeordnetenkammer, worin sie Abgaberleichterungen und die verfassungsmäßig garantierte Befreiung von leibherrlichen Pflichten forderten. Die Abgeordneten sprachen sich infolgedessen für ein klares Gesetz zur Umwandlung und Fixation der Grundlasten aus.<sup>13)</sup> Doch König Ludwig I. war, wie schon gesagt, nicht gewillt, auf ein solches Begehr einzugehen.

Vor Ort suchte die Regierung durch gezielte Maßnahmen Ruhe und Ordnung im Unter-

mainkreis zu erhalten. Die Beamten auf dem Land sollten Sorge dafür tragen, dass die Armen genügend Nahrung erhielten, dass die Brennholzpreise beobachtet, dass Arbeitslose durch Arbeitsaufträge beschäftigt, dass durchziehende Fremde stärker kontrolliert wurden.<sup>14)</sup> Darüber hinaus setzte die Regierung nun auf flächendeckende Bespitzelung politisch verdächtiger Personen wie auch auf lückenlose Aufklärung aller Vorkommnisse. Selbst über die Kirche – in Predigten, persönlichen Gesprächen mit Gemeindemitgliedern und im Beichtstuhl – sollte auf die Gesinnung der Untertanen Einfluss genommen werden. Durch den Bundesbeschluss vom 21. Oktober 1830, 'Maßregeln zur Wiederherstellung und Erhaltung der Ruhe in Deutschland'<sup>15)</sup>, sah sich die bayerischen Regierung dazu berechtigt.

Bei Tumulen oder gewalttätigen Vorfällen ging die Würzburger Kreisregierung immer auf gleiche Art vor, um den notwendigen Respekt vor der Obrigkeit wiederzuerlangen. Auch in Sommerach – und damit sind wir endlich am Ort unserer Betrachtung angelangt – war dies so erfolgt. Nach einem Überfall auf einen in Sommerach ansässigen Juden wurde die gesamte Gemeinde zusammengeufen; sie sollte sich über den Vorfall erklären. Obwohl die Schuldfrage nach Ansicht der vorgeladenen Sommeracher keineswegs geklärt war, musste die Gemeinde allen Protesten zum Trotz am Ende für den entstandenen Schaden haften. Darüber hinaus wurde den Versammelten angedroht, dass bei weiteren Vorfällen Militär einquartiert werden werde, was weitere Kosten für die Gemeinde bedeutet hätte.<sup>16)</sup> Antijüdischer Krawall – sollte es überhaupt einer gewesen sein – fand daraufhin in Sommerach nicht mehr statt.

Es war allgemeine Strategie der bayerischen Obrigkeit, mit Polizei, Landwehr und Militär Präsenz zu zeigen und damit das Entstehen direkter Aktionen präventiv zu verhindern. Dazu wurden die Behörden auch angehalten, über jedes Ereignis Bericht zu erstatten. Die Kontrolle der öffentlichen Meinung in Presse, Vereinen und bei Versammlungen erfolgte über persönliche Verbindungen, Bespitzelung und polizeiliche

Überwachung. "Landrichter, Stadtkommisare und Polizeibeamte erstellten Geheimberichte über politische Stimmung und Aktivitäten der Einwohner."<sup>17)</sup> Vor allem in den Gemeinden, in denen schon seit 1827<sup>18)</sup> auffällige politische Umtriebe registriert wurden – wie in Nordheim, Escherndorf, Münsterschwarzach und auch in der Gemeinde Sommerach<sup>19)</sup> –, mußte mit einem besonderen Eifer der Spitzel und Beamten gerechnet werden. Sensibilisiert durch den Vorfall gegen den ansässigen Juden war wohl in Sommerach auf beiden Seiten erhöhte Aufmerksamkeit vorhanden, was die revolutionäre Gesinnung betraf.

### *Die Ereignisse des Jahres 1832*

1832 erreichten die Zensurmaßnahmen der bayerischen Regierung gegenüber politischen Schriften und Zeitungen ihren Höhepunkt. Politische Vereine waren oder wurden im Laufe des Jahres verboten. Die verstärkte Kontrolle der Beamenschaft schürte Diffamation und Duckmäusertum. Bald schwelten die bisher öffentlich ausgetragenen Proteste nur noch unter der Decke.

Was als Möglichkeit zur politischen Agitation blieb, waren Volksfeste jeder Art. Gerade die feierlichen Empfänge für liberale Abgeordnete der Ständeversammlung der Landtagssession 1831 im Januar 1832 wurden dazu genutzt, politisch zu agieren. Zu Ehren der Abgeordneten fanden Bankette und Festessen statt, wo Gedichte vorgetragen wurden und man die Abgeordneten hochleben ließ. So berichtete das 'Bayerische Volksblatt' von einem "constitutionellen Fest" in Marktbreit, das Anfang Februar 1832 mit Beteiligung fast aller namhafter Landtagsmitglieder des unterfränkischen Raumes unter großer Teilnahme der Bevölkerung stattfand.<sup>20)</sup> In Würzburg fand ein Bürgerball statt, wozu gezielt keine Beamten der Zivil- wie Militärbehörden eingeladen waren, sondern nur der Stadtmagistrat mit den Bürgermeistern Behr und Benkert, die hiesigen Abgeordneten der Ständeversammlung, Professoren und Studenten. Schrifttafeln mit Aufschriften wie: "Es lebe die Konstitution", "Freiheit der Meinungen", "Gleiche Berufung zu Pflicht und Ehre der Waffen", "Gleichheit

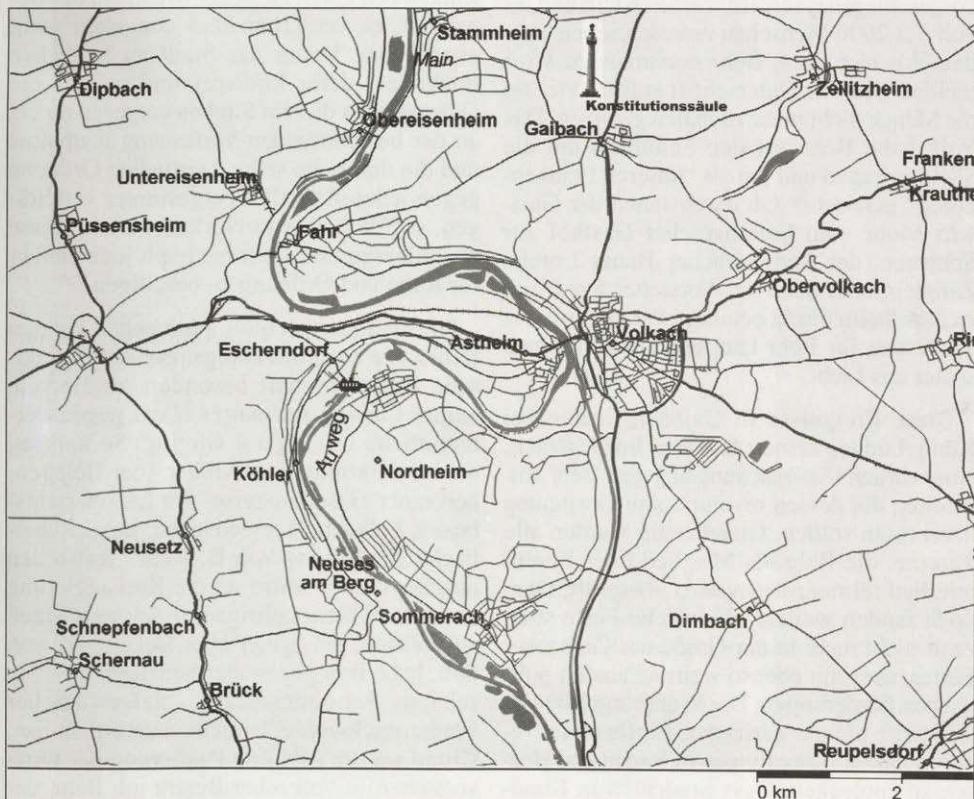
der Gesetze” und “Gleichheit vor dem Gesetze” schmückten den Saal, was die politische Absicht des Festes wohl gut beleuchtet. Der Auftritt Behrs am späten Abend hatte – einem Bericht an die Kreisregierung zufolge<sup>21)</sup> – große Begeisterung unter den Anwesenden geweckt, was herausstreckt, welch ein Charisma dieser Persönlichkeit zu eigen sein musste.

Trotz aller pressefeindlicher Bedrohung forderte die Oppositionspresse auf, zum Jahrestag der bayerischen Verfassung vom 27. Mai 1818 wieder<sup>22)</sup> Feiern stattfinden zu lassen, um dort in aller Öffentlichkeit die anstehenden Probleme des ‘konstitutionellen Lebens’ zu diskutieren. So rief das ‘Bayerische Volksblatt’ am 28. April 1832 zu einem Konstitutionsfest in Gaibach auf, wo Graf Franz Erwein von Schönborn-Wiesentheid zu Ehren der Verfassung von 1818 nicht nur einen Saal hatte herrichten, sondern auch hoch auf einem Hügel über dem Schloss eine

Säule hatte errichten lassen. Acht Tage zuvor war ein Aufruf zum Hambacher Fest am 27. Mai 1832 veröffentlicht worden, das dann mit der Mobilisierung von 30.000 Menschen und leidenschaftlichen Reden auf Volk, Vaterland und republikanisches Europa in die Annalen der Geschichte eingehen sollte. Nach Gaibach sollen immerhin über 5.000 Teilnehmer aus Würzburg, Bamberg, Bayreuth, Kronach, Lichtenfels, Nürnberg, Scheinfeld und vor allem aus den umliegenden Orten des Untermainkreises gekommen sein – und die dort gehaltenen Reden und Aktionen standen denen von Hambach wohl in nichts nach.

### *Die Wirkung des Gaibacher Festes auf das Umland*

Dieses bedeutende Schauspiel fränkischer Opposition verfolgten auch Bauern und Bürger aus Sommerach, einem ca. 8 km südlich



von Gaibach gelegenen unterfränkischen Weinort. Sie hörten die flammenden Reden zur bayerischen Verfassung, zur Einheit und Freiheit Deutschlands, zum demokratischem Wahlrecht und Volksrepräsentation. Doch am meisten beeindruckt waren sie wohl vom Auftreten Wilhelm Josef Behrs. Dieser hatte nach der recht gemäßigten Rede des Bamberger Bürgermeisters von Hornthal das Wort ergriffen. Wie so oft verurteilte er die einseitige Oktroyierung der bayerischen Verfassung durch König Max Joseph, da dies das Einvernehmen zwischen Monarch und Volk ignoriere. Er schlug deshalb eine Adresse an König Ludwig I. vor, um eine entsprechende Änderung der Verfassung einzufordern. Noch habe die Menge keine große Erregung gezeigt, lediglich Beifall bekundet, berichteten die Zeitungen über das Ereignis.<sup>23)</sup> Am Nachmittag, als wohl schon im reichen Maße Wein geflossen war, habe die Menge – angeleitet durch die anwesenden Studenten – begonnen, Revolutionslieder zu singen. Die von Behr vorgeschlagene Adresse wurde erstellt und sei von fast 2000 Menschen unterschrieben worden. Als sich dann Behr nochmals zu Wort meldete und zur Unterschrift aufforderte, sei die Menge nicht mehr zu halten gewesen. Das Volk habe Behr auf den Schultern um die Säule getragen und ihn als “unseren Frankenkönig” gefeiert.<sup>24)</sup> Ob daran schon der Gastwirt Mohr vom Sommeracher Gasthof zur Schwane, der Sommeracher Bauer Lorenz Zänglein oder auch der Vorsteher Knoblauch zu Nordheim direkt beteiligt waren? Ihre Begeisterung für Behr kam erst einige Monate später ans Licht.

Diese Ereignisse in Gaibach fanden bei König Ludwig keinen Anklang. Im Gegenteil. Nun wurden Untersuchungen gegen Behr eingeleitet, die dessen revolutionäre Gesinnung überprüfen sollten. Gleichzeitig wurden alle Vereine, die Behr als Mitglied oder Ehrenmitglied führten, strengstens überprüft. Dennoch fanden weitere öffentliche Feste statt, zwar nicht mehr in der Größe des Gaibacher Festes, aber mit ebenso weitreichenden politischen Forderungen. Die Würzburger Beamtenchaft meinte darin den Einfluss der revolutionären Bewegungen in Baden und Hessen zu entdecken. Dass Studenten in Kund-

gebungen die Landbevölkerung von den Freiheitsideen zu überzeugen suchten, ja mit großem Aufwand sog. Freiheitsbäume als Symbol ihrer Überzeugungen pflanzten und am Ende dazu aufforderten, Grundzinsen, Zehnten und andere Abgaben zu verweigern<sup>25)</sup>, war aber keineswegs importiert, sondern auch Teil der politischen Kultur der Zeit.<sup>26)</sup>

König Ludwig glaubte nun endgültig in Würzburg die Zentrale revolutionärer Gesinnung erkennen zu müssen. Als er sich im Juli 1832 nach Bad Brückenau aufmachte, vermeidet er den sonst üblichen Besuch der Stadt, und als die Stadtoberen eine Abordnung nach Brückenau schicken wollten, ja Bürgermeister Behr an deren Spitze stellten, verbat sich Ludwig eine solche Deputation: “... S.M. könne ... den Schmerz über die mannigfachen Beweise übler Gesinnungen und gefährlicher Umrübe in Würzburg nicht beugen und müsse wünschen, daß je mehr die Übelgesinnten den guten Geist der Mehrzahl der Bewohner zu verderben und den alten wohl erworbenen Ruhm der Stadt zu beflecken trachteten, dafür kräftiger und offener die Gutgesinnten diesem Streben entgegen treten, an der beschlossenen Verfassung festhalten und die durch die selbe gegründete Ordnung gegen jeden Angriff Übelgesinnter verteidigen, sogleich aber mitwirken werden, diese zu entlarven und eben hiedurch jede Gefahr für Ruhe und Ordnung zu beseitigen.”<sup>27)</sup>

Dies nahmen sich die politischen Gegner Behrs wie auch die königstreue unterfränkische Beamtenchaft besonders zu Herzen, zumal Ludwig mit harter Hand gegen vermeintliche Untätigkeit vorging. So kam es, dass Stadtkommissar Klüber “bei Gelegenheit einer Geschäftsreise” im Landgerichtsbezirk Volkach “Freiheitsgeist, dann Rebellenische Einflößung von B. Behr” feststellen musste, was er sofort an die Kreisregierung meldete.<sup>28)</sup> Generalbrigadier Andreas Spieß zu Volkach, ein “guter alter Bekannter” von ihm, habe ihm gegenüber bedauert, dass “in seinem Patrouille-Bezirk tiefgewurzelter Freiheitsschwindel” nicht ausrottbar sei. Grund sei die geheime Paktierung der Ortsvorsteher im Volkacher Bezirk mit Behr, der



Die Konstitutionssäule nördlich von Gaibach

Foto: Gig

rege Korrespondenz mit diesen führe. Diese verheimlichten jede Bewegung in ihren Dörfern, so dass eine Untersuchung nur schwer durchführbar sei. Als "Muttersitz des revolutionären Stoffs" bezeichnete er das Gasthaus zur Schwane in Sommerach, wo jeden Nachmittag sich die Gesellschaft der Schwindler versammle und weiter verarbeite, was Professor Behr in periodischen Besuchen dort niedertrage."<sup>29)</sup> Hervorgehoben als Leitfiguren des revolutionären Zirkels werden neben Gastwirt Mohr der Bauer Zänglein, die beiden Schullehrer von Sommerach, der Gastwirt Schmitt zu Rüdenhausen, der Schreiber des dortigen Herrschaftgerichts namens Stöckert und der Vorsteher Knoblauch zu Nordheim, "der am Feste zu Gaibach von seinen Nachbarn Unterschriften für eine ultraliberale Idee gesammelt habe"<sup>30)</sup> Erstaunt zeigte sich der Stadtkommissar Klüber in seinem Bericht über die Schilderung von Spieß, dass im Gastraum der Sommeracher Wirtschaft zur Schwane drei Porträts aufgehängt seien: von König Max, von König Ludwig

und vom Professor Behr. Letzteres sei nach dem Gaibacher Fest sofort "reich umkränzt worden". Auf seine Anfrage, warum man nicht auch die Königsbilder umkränzt habe, habe der Gastwirt "mit verächtlichem Blicke" geantwortet: "Nur dieser Mann Behr verdient geehrt zu werden."<sup>31)</sup>

Für den Volkacher Gendarm Spieß konnten diese Freiheitsgedanken nur von außen nach Sommerach getragen worden sein. Denn gerade an den Tagen, als das königl. Reiterschwadron ("Chevaux-Legers") aus dem Rheinkreis zurückkehrend in Sommerach einquartiert war, tauchten verschiedene "Schriften freien Inhalts" auf, die auch in den umliegenden Dörfern aufgefunden wurden. Ein gewisser Max Then, der in Sommerach geboren jetzt in Würzburg lebe und dort mit Behr engen Kontakt pflege, soll an dieser Aktion beteiligt gewesen sein. Gerüchte? Difamierung? Verleumdung? Für Spieß lag die Gesinnung dieser Personen, aber auch der Landgerichtsbewohner offen: "Unter Freiheit

denken sich diese Leute einen Zustand ohne Obrigkeit, Gesetze und Abgaben und Nichts reizt den Pöbel leichter auf, als die Aussicht auf diesen Zustand.”<sup>32)</sup>

Was anderes sollte nun Klüber angesichts des Berichts seines Bekannten aus Volkach tun, als dieser Sache auf den Grund zu gehen. Nie war die Zeit günstiger, sich für höhere Aufgaben anzuempfehlen, als jetzt. Nur fünf Tage später, am 25. Sept. 1832, legte er der Kreisregierung einen umfassenden Bericht seiner Nachforschungen vor, aus denen seiner Meinung nach deutlich hervorgehe, dass die Agitationen Behrs und seiner Mitstreiter schon viel weiter in das Volk eingedrungen seien, als dies bislang vermutet worden war. Bereits in Rottendorf, in einem Vorort östlich von Würzburg, habe er Schwärmerie über die Rede Wilhelm Behrs in Gaibach gehört. Auch sei das Volk darüber aufgeklärt worden, was König Ludwig mit dem schwer verdienten Geld seiner Untertanen mache: “Für fremde Weibsbilder” baue er Häuser in Italien, statt es zum Wohl seiner Untertanen zu verwenden. “Einem solchen Unwesen müsse ein Ende gemacht werden, koste es was wolle”<sup>33)</sup>, so das Fazit von Rottendorfer Untertanen. Weiter sei das Landvolk davon überzeugt, dass der König mit den Einkünften des Landes umgehen könne, wie er wolle. Sollte er eine Million durchgebracht haben, brauche er nur eine neue Auflage auszudenken, um sich weiterhin zu bedienen. Wenn wundert es, so der Würzburger Stadtkommissar in seinem Bericht, dass die liberalen Agitatoren so großen Zuspruch fänden.

In Sommerach, dem eigentlichen Ziel der Inspektionsreise vom 22./23. Sept. 1832, quartierte er sich im Gasthaus zur Schwane ein. Er hatte Glück, so der Berichterstatter. Tatsächlich seien dort Männer versammelt gewesen, deren Reden sie als ‘Ultraliberale’ auswiesen. Klüber bestätigte in seinem Bericht, dass für diese Männer “Behr ihr Abgott”<sup>34)</sup> sei. An diesem Abend waren deren Gemüter besonders wegen der Absetzung Behrs aus dem Bürgermeisteramt in Würzburg erhitzt, und sie hätten sich heftig darüber ausgelassen. Offensichtlich hatten sie in Klüber keinen Spitzel erkannt – oder machte sich

der Stadtkommissar von Würzburg nur wichtig? Jedenfalls behauptete er, dass der Gastwirt Mohr ihm freimütig erzählt habe, dass Behr, Advokat Friedrich<sup>35)</sup>, Metzler (Mitglied der Liberalen in Würzburg) und der Abgeordnete Joseph Leinecker oft bei ihm einkehrten, ja dass Friedrich Hoffbauer, ein politisch besonders aktiver Student der Medizin in Würzburg, später Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49<sup>36)</sup>, drei Tage bei ihm logiert hätte, um von Sommerach aus in den Ortschaften der Umgebung “Freiheit zu predigen”. Als Klüber die strafrechtliche Untersuchung gegen Behr angeprochen habe, habe sich besonders der Sommeracher Bauer Zänglein darüber ereifert, dass die Regierung hier wohl keine Unterstützung finden werde, da “das Volk ... einen Mann (nicht) verrathen (werde), der seine, des Volks Interessen vertheidige.”<sup>37)</sup> Außerdem fände die liberale Sache im Landrichter zu Volkach einen Verbündeten. Der Bauer habe Klüber daraufhin für den nächsten Tag bei sich eingeladen, wo er frei von den Zielen der liberalen Bewegung gesprochen habe. Nach Aussage von Zänglein habe der Student Hoffbauer ihm selbst versichert, dass “Männer mit ins Interesse gezogen” seien, “die beim Beginn des Aufstands die Uebergabe der Festung Marienberg erleichtern würden.”<sup>38)</sup> Trotz aller Regierungsmaßnahmen sei Zänglein davon überzeugt gewesen, dass ihr Unternehmen nicht aufgegeben werden dürfe und “dass die Durchführung großer Ideen immer das Leben der Anfänger gekostet habe. Er selbst wolle seinen Kopf gerne hergeben, wenn nur seine Kinder eine bessere Zukunft dadurch gewönnen.”<sup>39)</sup>

Diese Freimütigkeit der Sommeracher Revolutionäre gegenüber einem Fremden macht stutzig; aber kann man sich dieses wirklich alles aus den Fingern saugen? Dem Historiker bleibt die Skepsis – aber die Neugierde treibt ihn an, den Bericht weiter auszuwerten. Die detaillierte Angabe der beim Sommeracher Bauern Zänglein angeblich deponierten verbotenen Flugschriften kann auch eine Frucht der Arbeit Klübers im Büro des Stadtkommissars in Würzburg gewesen sein. Klüber

könnte aber auch tatsächlich die Zentrale eines revolutionären Zirkels entdeckt haben!?

Auch im Nachbardorf Nordheim am Main ist Klüber seinem Bericht zufolge dank Zänglein bei "dem Schwindler Blättner" freundlich aufgenommen worden. Ja, man habe Zänglein und ihn dort mit Blumensträußen und Weintrauben herzlichst begrüßt und ohne Misstrauen in das Wirtshaus geführt, das dem Vorsteher zu Nordheim "und Glied der demagogischen Gesellschaft" gehörte. Auch dort habe man ihm von dem segensreichen Wirken des Studenten Hoffbauer berichtet, der "im Wirtshause einer Menge Menschen so rührend Freiheit gepredigt (habe), daß alle Anwesenden weinend sich Brudersinn und Zusammenhalten zum Kampf für die Freiheit gelobt hätten."<sup>40)</sup> Als Mitglieder der Nordheimer "demagogischen" Gesellschaft wurden ihm die Weinhänder Blendel und Schliermann zu Escherndorf, dem Nordheim gegenüberliegenden berühmten Weinort, sowie ein Mönch des Franziskanerklosters in Dettelbach genannt. Am Ende seines Berichtes bezweifelte Klüber aber, dass in den Orten Sommerach, Nordheim und Escherndorf Zeugen zu finden seien, die seine Angaben bestätigen könnten. Er schlug deshalb eine Hausdurchsuchung vor, um die Korrespondenz der genannten Personen mit Behr aufzustöbern.

Nun fragt man sich, ob sich Klüber diese Geschichte doch nur zurecht geschnitten hatte, weil er sich von einer Hausdurchsuchung die Bestätigung seiner kühnen Theorien erhoffte – oder sind diese Personen wirklich in einem revolutionären Zirkel verbunden gewesen? Angesichts meiner wissenschaftlichen Erfahrungen mit politischen Handlungen und Denken von Bauern im Vormärz<sup>41)</sup>, angesichts der oben aufgezeigten revolutionären Zeitlage neige ich – zumindest in der Grundtendenz – dazu, den Angaben Klübers Glauben zu schenken.

### *Sommerach und Umgebung – ein Hort von Revolutionären?*

Landrichter Ehlen von Volkach, der zuständigen Amtstadt ganz in der Nähe von Gaibach, bestätigte auf Anfrage der Kreisre-

gierung, dass Sommerach aufgrund seiner politischen Vorgeschichte ein unruhiger Ort sei, dass die Franzosenzeit dort den einen oder anderen beeinflusst haben könne. Aber insgesamt seien die Sommeracher in ihrer Mehrheit dem König, der Verfassung und den Gesetzen treu und warteten die auf gesetzlichem Wege erbetenen Verbesserungen für den Weinabsatz, in der Steuergesetzgebung und dergleichen ruhig ab. Er ging von keiner Störung der öffentlichen Sicherheit in Sommerach aus.<sup>42)</sup> Eine Durchsuchung bei dem Würzburger Max Then, der in Verdacht stand, Flugblätter mit revolutionärem Inhalt in Sommerach und Umgebung verteilt zu haben, hatte tatsächlich nichts zu Tage gefördert, was Klübers Angaben hätte bestätigen können.

Dennoch glaubte die Kreisregierung, diese Beobachtungen nicht ignorieren zu dürfen. Nun wurde der Volkacher Landrichter Ehlen aufgefordert, der Wahrheit auf die Spur zu kommen. Doch – war er nicht auch als Liberaler mit den Revolutionären unter einer Decke, wie Klüber andeutete? Deshalb bemühte sich die Kreisregierung um eine polizeiliche Untersuchung, die in Volkach in die Zuständigkeit der 6. Brigade der Polizeikompanie fiel, der auch der Gendarm Andreas Spieß angehörte.<sup>43)</sup> Dem Bericht von Spieß zufolge hat kurz nach dem Gaibacher Fest der Gastwirt Dominikus Mohr zu Sommerach in seiner Wirtsstube nicht die beiden Brustbilder von Max Joseph und Theresa(!), sondern das von Bürgermeister Behr mit frischem Laub begrüßt. Auch bestätigte Spieß die genannte Verbindung von Mohr, Zänglein, Then und Sauer aus Sommerach zu Behr und bezeichnete die beiden Lehrer Michael Quagliu und Johann Longinus Krökel "als sehr freisinnig".

Es überrascht, dass der Volkacher Gendarm Spieß jetzt nach besonderer Aufforderung durch die Kreisregierung die Berichte Klübers bestätigte. Wenn er zu seiner Entlastung angab, dass diese Verhältnisse dem Landgericht Volkach längst bekannt gewesen seien, so macht ihn dies nicht glaubwürdiger. Warum hatte sich Spieß dann gegenüber Klüber geäußert, obwohl er doch wissen musste, dass Klüber an einer Aufklärung dieser Angele-

genheit besonders interessiert sein musste? Nun – es muss doch etwas Wahres an der Sache sein oder unterliegen auch wir einer geschickt eingefädelten Intrige?

Der Volkacher Landrichter Ehlen hatte bereits am 26. September, als Klübers Spitzelbericht schon angefertigt war, den verdächtigen Besuch eines Studenten Leipold und eines nicht namentlich bekannten Bedienten des Stadt- und Universitätskommisärs Wiesend zu Würzburg (vermutlich Klüber!) im Gasthaus zur Schwane in Sommerach gemeldet und vor allem das verdächtige Benehmen der beiden Besucher gegenüber dem Sommeracher Bauern Zänglein, aber auch in Nordheim selbst detailliert geschildert, wonach der Student wie auch die zweite Person sich als geheime Revolutionäre ausgegeben und “noch mehreres unsinnige Zeug geschwätz” hätten. In Nordheim hätten sie vor allem dem Wein zugesprochen und ähnliches Geschwätz von sich gegeben. Dies sei dem Gastwirt Knoblach, dem Ortsvorsteher zu Nordheim, verdächtig vorgekommen, und er habe deshalb noch am selben Abend eine schriftliche, Zänglein am nächsten Tag eine protokollarische Anzeige gemacht.<sup>44)</sup>

Jetzt stand nicht nur die Kreisregierung vor dem Problem, welche Version der Geschichte nun die richtige sei – die Klübers oder die des Landrichters Ehlen? Auch für den Historiker wird es schwer, die Glaubwürdigkeit der Berichterstatter einzuschätzen. Klüber gelang es, Ehlen zu diskreditieren. Der Volkacher Gendarm Spieß wie auch Ehlen mussten nun Hausdurchsuchungen durchführen und Stimmungsberichte vorlegen. Die Berichte der Polizei gelangten an das Ministerium des Innern nach München. Dort nahm man die Angelegenheit sehr ernst, zumal das Gaibacher Ereignis vor allem bei Ludwig einen bleibenden traumatischen Eindruck hinterlassen hatte. Als aber Ehlen am 6. Oktober 1832 anzeigte, dass er den beiden Gastwirten zu Sommerach und zu Nordheim keine solchen Veranstaltungen mehr genehmigen werde und die beiden genannten Lehrer zu Sommerach als unschuldig erklären konnte, hatte sich der Volkacher Landrichter noch aus der Affäre retten können.

Brigadier Andreas Spieß legte in der Folgezeit seine ganze Aufmerksamkeit auf das Treiben in den Dörfern am Main. Am 11. Oktober meldete er an das ‘kgl. Compagnie-Commando der 7. GendarmerieCompagnie’ eine “muthmaßliche geheime Verbindung und aufgefundene aufrührerische Schriften”.<sup>45)</sup> Ehlen versäumte es nicht, die Meldung von Spieß sofort an die obere Behörde weiterzugeben. Beide Beamte konnten sich in solchen Angelegenheiten eine Nachsicht nicht mehr nachreden lassen.<sup>46)</sup>

Auf einem Tanz in dem bei Escherndorf am Main gelegenen Weiler Köhler im Oktober 1832 hatten junge Burschen aus Sommerach das in Gaibach gesungene Mailied<sup>47)</sup> angestimmt und einige Stellen aus einem Flugblatt mit dem Titel ‘FriedensVorschlag’ vorgelesen. Herausgekommen ist die ganze Angelegenheit durch den Ortsvorsteher von Obervolkach, der seinen staatlichen Pflichten gemäß die Erzählung eines Obervolkacher Musikanten von diesem Ereignis bei der Polizei angezeigt hatte. Dieser Musikant zeigte sich aber bei der Vernehmung verschwiegen, und die drei beschuldigten jungen Burschen aus Sommerach beriefen sich darauf, auf dem Weg nach Köhler unterhalb der Hallburg die besagte Flugschrift gefunden zu haben. Sie hätten sich lediglich einen Scherz daraus gemacht, diese für sie eigentlich ganz unverständliche Schrift zu zitieren. Nach dem Tanz habe man sich dieser Schrift “wieder dort entledigt”.<sup>48)</sup>

Für Ehlen ein Dummer-Jungen-Scherz – weiter nichts. In seinem Bericht zur revolutionären Stimmung in Sommerach kam er am 30. Oktober zum Ergebnis, dass wohl vieles nur auf Gerüchte zurückzuführen sei, für die im Grunde keine handfesten Beweise vorlägen; ja selbst das Verhalten von Leipold und Klüber, die “allgemein als autorisierte Spione gehalten werden”, könne keine klaren Schlüsse zulassen.<sup>49)</sup>

Das Ministerium des Inneren zeigte sich jedoch davon nicht überzeugt. Zunächst wurde dem Volkacher Landrichter eine Disziplinarstrafe angedroht, sollte er sich weiter so untätig erweisen. Beim Sommeracher Bauern Zänglein erfolgte eine Hausdurchsuchung,

die aber ohne Ergebnisse blieb. Der Dettelbacher Franziskanermönch blieb unerkannt. Gegen den Nordheimer Ortsvorsteher Knoblauch wurde wegen seines Verhaltens nach dem Gaibacher Fest in einer Gastwirtschaft zu Werneck ein Disziplinarverfahren eingeleitet, dem Gastwirt Mohr ebenso wie auch weiteren Gastwirten in Sommerach und Nordheim mit dem Entzug der Lizenz gedroht, sollten sie "aufwieglerische Umtriebe" unterstützen. Ehlen war nun verpflichtet, jede Woche einen Sicherheitsbericht an die Regierung zu schicken, was auch bis zum 7. März 1833 erfolgte.

In München war man gegenüber Ehlen misstrauisch geworden. Nachdem dieser in seinen Berichten immer abwiegelte, die beschuldigten Personen verharmloste, ja die angeordneten Untersuchungen ohne Ergebnis blieben, kam man im Ministerium zu dem Schluss, dass wohl Landrichter Ehlen "parteilich" sei. Infolgedessen schloss man ihn von allen Untersuchungen weitgehend aus, ohne dass man ihn aber disziplinarisch verfolgte.<sup>50)</sup> Die Polizei hatte nun ein besonders wachsames Auge auf Sommerach zu richten.

Doch damit war es für die 'liberalen Köpfe' in den Mainorten nicht ausgestanden. Zunächst gelang es offensichtlich, keine weiteren Aktivitäten an die Oberfläche gelangen zu lassen. Längst war es auch den Menschen im Landgerichtsbezirk Volkach klar geworden, dass es König Ludwig sehr ernst mit der Verfolgung oppositioneller Ideen und Meinungen war. Gegen Behr wurde ein Hochverratsprozess eingeleitet, viele Studenten des Landes verwiesen, die Presse verboten.

Kurz nachdem Ehlen seine wöchentlichen Berichte eingestellt hatte, brachte das Regierungspräsidium in Würzburg in Erfahrung, dass "regelmäßig wechselnde Zusammenkünfte mit politischer Tendenz bey dem Ökonom Zänglein zu Sommerach und dem Wirth und Gemeindevorsteher Knoblauch zu Nordheim stattfinden, an welchen außer diesen beyden Individuen der Lehrer Kröckel, ein gewisser mit Zänglein in Verbindung stehender Sauer – der Ökonom Max Then und der Wirth Dominikus Mohr von Sommerach, dann Blattner von Nordheim und Schlier-

mann von Escherndorf theilnehmen, Zänglein besonders kräftig wirken, Mohr aber sich in der jüngsten Zeit etwas zurückgenommen haben soll."<sup>51)</sup>

Müssen nun doch alle Zweifel an einer revolutionären Gesinnung in den Mainorten überdacht werden? Wieder tauchen die gleichen Namen auf, wieder werden ihnen revolutionäre Umrüste vorgeworfen. Landrichter Ehlen wurde nun strikt angewiesen, jede Zusammenkunft genau zu protokollieren, die Versammlungen entsprechend dem neuen Gesetz vom 31. März 1832 über das Verbot politischer Vereine zu überprüfen, jede angekündigte Versammlung durch eine 'obrigkeitliche Person' begleiten zu lassen und im gegebenen Falle alles zu unternehmen, um politische Aktivitäten in seinem Bezirk zu unterbinden.

Landrichter Ehlen blieb aber dabei, dass es im Landgericht Volkach diesbezügliche politische Aktivitäten nicht gebe. Die genannten Personen würden sich zwar regelmäßig in Nordheim treffen, um ortsüblich am späten Nachmittag "häusliche und ökonomische Gegenstände" zu erörtern oder verwandtschaftliche Beziehungen zu pflegen. Auch die häuslichen Kontakte bei Lorenz Zänglein entsprangen der Pflege freundschaftlicher und verwandtschaftlicher Beziehungen. Er selbst habe bei gelegentlichen Wirtshausbesuchen in Sommerach und Nordheim beobachten können, dass dort keinerlei "politische Umrüste" mehr gepflegt würden.<sup>52)</sup>

Der Brigadier Spieß von Volkach wurde aber nicht müde, darauf hinzuweisen, dass in Sommerach sehr wohl noch politisiert werde; auch beziehe Zänglein heimlich Pakete und Briefe über den Postboten von Gaibach, da der Postweg über Dettelbach kontrolliert wurde. Zusammenkünfte der vielfach genannten Personen, die sich um die eine oder andere Person erweiterten, wurden für Münterschwarzach und für Dettelbach nachgewiesen. Der Dettelbacher Landrichter, dem nun die Überprüfung der Mainorte übertragen wurde, ging voller Eifer jedem Gerücht nach. Jedoch für alles fand sich eine einfache, ganz unpolitische Erklärung, so dass auch die Kreisregierung einsehen musste, dass von der

revolutionären Stimmung im Landgericht Volkach seit dem Mai 1832 nicht mehr viel übrig geblieben war.

Mit dem Tod des Sommeracher Bauern Zänglein zum Jahresende 1833 war offensichtlich dann auch der Kopf der revolutionären Vereinigung in Sommerach verstorben; denn dessen Sohn war entgegen ersten Vermutungen nicht in der Lage, die geistige Führerschaft zu übernehmen. Auch das Interesse der Regierung an den Ortsgeschehnissen nahm im Laufe des Jahres 1834 rasch ab.

Am Ende blieb alles nur eine Episode im Meer der Geschichte – mehr nicht. Dass aber Ereignisse wie das Gaibacher Fest im Lichte der Historie eine weitreichende Wirkung auf die Mitlebenden und Miterlebenden hatte, konnte durch den glücklichen Zufall der Überlieferung anschaulich betrachtet werden.

## Anmerkungen:

- 1) Unter demselben Titel veröffentlicht in: Unsere Mainschleife 11/12 – 1998; für die Zeitschrift Frankenland überarbeitet und ergänzt.
- 2) Rechtfertigungsschrift Behrs, 1840–1848, in: U. Wagner, Wilhelm Joseph Behr, 1985, S. 133.
- 3) U. Feuerbach, Konflikt und Prozess. Bäuerliche Interessenpolitik für Freiheit und Eigentum in Mainfranken (1802–1848). (Veröffentlichungen der Gesellschaft für fränkische Geschichte: Reihe 9 / 46). Neustadt an der Aisch, 2003, S. 44 (= U. Feuerbach, Konflikt und Prozess. 2003).
- 4) Zit. nach Ferdinand K. H. Beck, der dies für die hessischen Untertanen der Justizkanzlei Michelstadt formulierte; ebd., S. 595.
- 5) Ebd., S. 593 ff.
- 6) Graf Armansperg 1827; ebd., S. 596.
- 7) Ebd., S. 612.
- 8) U. Feuerbach, Konflikt und Prozess. 2003 (wie Anm. 3), S. 609 f.
- 9) H. Hoffmann, Johann Gottfried Eisenmann (1795–1867). (Mainfränkische Hefte 49). Würzburg 1967.
- 10) U. Feuerbach, Konflikt und Prozess. 2003 (wie Anm. 3), S. 617.
- 11) Zit. nach: E. A. Mayring, Unruhen. 1995, S. 26, Anm. 121.
- 12) StAWü, Regierungsabgabe 1943/45, Nr. 9853.
- 13) Vgl. Verhandlungen der zweyten Kammer der Ständeversammlung des Königreichs Bayern, 1831, Beilagenband 3, Beilage 21, § 88–100; Bd. 11, Prot. 55, S. 26.
- 14) StAWü, Regierungsabgabe 1943/45, Nr. 9853: Reskript an alle Distriktkommissariate vom 22. Sep. 1830.
- 15) Döllinger, Verordnungssammlung, Bd. 13, S. 701–703.
- 16) StAWü, Regierungsabgabe 1943/45 Nr. 9853: Schreiben an das LG Volkach v. 6. Okt. 1830.
- 17) Zit. nach: E. A. Mayring, Unruhen. 1995, S. 65.
- 18) StAWü, Regierungsabgabe 1943/45, Nr. 9829.
- 19) StAWü; Regierungsabgabe 1943/45, Nr. 9837.
- 20) E.A. Mayring, Unruhen. 1995, S. 120
- 21) StAWü, Regierungsabgabe 1943/45, Nr. 9830: I. Bericht Gessert an die Kreisregierung vom 30. Jan. 1832.
- 22) Im Jahr 1831 waren schon einmal unter der Führung des Rechtskonsulenten Quante Verfassungsbegeisterte in Gaibach zusammengekommen; aus seiner Rede am 27. Mai 1832: M. Domarus, Bürgermeister Behr. Ein Kämpfer für den Rechtsstaat. Würzburg 1971, S. 169 (= M. Domarus, Bürgermeister Behr. 1971); zu Andreas Quante: U. Feuerbach, Konflikt und Prozess. 2003 (wie Anm. 3), S. 715, 722.
- 23) L. Günther, Würzburger Chronik. 1925, S. 595 ff.
- 24) Obwohl von Behr später bestritten, wurde dies als entscheidendes Kriterium für seine Verurteilung wegen Hochverrats vom Gericht herangezogen; nachzulesen bei: U. Wagner, W. J. Behr. 1985, S. 146, 186 ff.
- 25) Z.B. in Reichenberg am 8. Juli 1830: StAWü, Regierungsabgabe 1943/45, Nr. 9830 I; dass diese Parolen hier auf fruchtbaren Boden fielen, beweisen die in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts stattgefundenen prozessualen Auseinandersetzungen der Reichenberger mit ihrer Grundherrschaft v. Wolfskeel; s. U. Feuerbach, Konflikt und Prozess. 2003 (wie Anm. 3), S. 699 f.
- 26) Ebd., S. 593 ff.

- 27) StAWü, Regierungsabgabe 1943/45, Nr. 9830  
I: Ludwig an Reg. d. UMK v. 8. August 1832.
- 28) StAWü, Regierungsabgabe 1943/45, Nr. 9829:  
Politische Umtreibe in Sommerach und Nordheim und Münsterschwarzach, 1832; Bericht Klübers v. 25. Sept. 1832.
- 29) A.a.O.
- 30) A.a.O.
- 31) A.a.O.
- 32) A.a.O.
- 33) A.a.O.
- 34) A.a.O.
- 35) U. Feuerbach, Konflikt und Prozess. 2003 (wie Anm. 3), S. 126.
- 36) Hoffbauer, Friedrich Wilhelm Ferdinand (1812-1892), 1831-32 und 1837-41 Studium der Medizin in Würzburg, Kiel und Berlin, 1841-92 prakt. Arzt, in: H. Best, W. Weege, Biographisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49. Düsseldorf 1998, S. 183.
- 37) StAWü, Regierungsabgabe 1943/45, Nr. 9829.  
Politische Umtreibe in Sommerach und Nordheim und Münsterschwarzach, 1832; Bericht Klübers v. 25. Sept. 1832.
- 38) A.a.O.
- 39) A.a.O.
- 40) A.a.O.
- 41) U. Feuerbach, Konflikt und Prozess. 2003 (wie Anm. 3); dies., "... die Stimme der Unzufriedenheit". Volkach 1996.
- 42) StAWü, Regierungsabgabe 1943/45, Nr. 9829:  
Bericht v. 22. Sept. 1829 auf Klübers erste Anzeige.
- 43) A.a.O., Bericht der 6. Brigade v. 29. Sept. 1832.
- 44) A.a.O.
- 45) A.a.O., Bericht v. 11. Okt. 1832.
- 46) A.a.O., Bericht v. 12. Okt. 1832.
- 47) abgedruckt in: L. Günther, Würzburger Chronik. 1925.
- 48) StAWü, Regierungsabgabe 1943/45, Nr. 9829,  
Bericht v. 12. Okt. 1832.
- 49) s. StAWü, Regierungsabgabe 1943/45, Nr. 9829: Dekret vom 30. Jan. 1833.
- 50) A.a.O.
- 51) StAWü, Regierungsabgabe 1943/45, Nr. 9829:  
Schreiben des LG Volkach v. 7. April 1833.
- 52) A.a.O.

## Verwendete Literatur:

- M. Domarus, Bürgermeister Behr. Ein Kämpfer für den Rechtsstaat. Würzburg 1971.
- U. Feuerbach, "...die Stimme der Unzufriedenheit." Feudalrechtsprozesse des frühen 19. Jahrhunderts. Beispiele bürgerlichen Konfliktverhaltens in Unterfranken (Mainfränkische Studien. 59), Würzburg 1996.
- U. Feuerbach, Konflikt und Prozess. Bäuerliche Interessenpolitik für Freiheit und Eigentum in Mainfranken (1802–1848). (Veröffentlichungen der Gesellschaft für fränkische Geschichte: Reihe 9 / 46). Neustadt an der Aisch, 2003.
- D. Götschmann (Hrsg.), Die Beschwerden an die Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtags 1819–1918, 2 Bde, München 1998.
- D. Götschmann, Bayerischer Parlamentarismus im Vormärz. Die Ständeversammlung des Königreichs Bayern 1819–1848 (Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus). Düsseldorf 2002.
- H. Gollwitzer, Ludwig I. von Bayern. Eine politische Biographie. München 1986.
- L. Günther, Würzburger Chronik – Personen und Ereignisse von 1802 – 1848. Würzburg 1925.
- E. A. Mayring, Bayern nach der Französischen Julirevolution. Unruhen, Opposition und antirevolutionäre Regierungspolitik 1830-1833. München 1990.
- O. Meyer, Josef Behr. Professor des Staatsrechts, Bürgermeister von Würzburg und Abgeordneter des Landtags, in: D. Weber, G. Zimmermann (Hrsg.), Varia Franconiae Historica. Aufsätze – Studien – Vorträge zur Geschichte Frankens (Mainfränkische Studien 24/III). Würzburg 1986, S. 1203 -1208.
- P. Mireau, Unterfranken und unterfränkische Geschichte in den bayerischen Nationaldenkmälern des 19. Jahrhunderts, in: E.-G. Kreinig (Hrsg.), Wittelsbach und Bayern (Mainfränkische Studien 65). Würzburg 1999, S. 229 – 241.
- U. Wagner (Hrsg.), Wilhelm Joseph Behr. Dokumentation zu Leben und Werk eines Würzburger Demokraten (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburg 1), Würzburg 1985.